
Rechenschaftsberichte

BmU e.V.- Unabhängige Wählergemeinschaft für Erkrath

[Rechenschaftsbericht 2002](#)

[Rechenschaftsbericht 1999-2001](#)

[Rechenschaftsbericht 1997](#)

[BmU-Rechenschaftsbericht 1996:](#)

RECHENSCHAFTSBERICHT 2002

Der letzte Rechenschaftsbericht endete mit den Zeilen:

Es gibt keinen realistischen Bündnispartner für die *BmU* mehr, dessen politische Grundausrichtung und Seriosität Voraussetzung für eine mittelfristige Zusammenarbeit ist. Ähnlich der Aktion für Gerechte Fernwärmepreise müssen wir politische Gestaltungsräume außerhalb dieser mittel- oder langfristigen Vision suchen. Die Positionierung der *BmU* in der politischen Landschaft Erkraths ist neu zu definieren. Eine der Voraussetzungen dafür finden sich in deneingeleiteten Änderungen zur Satzung. Erkraths Zukunftsfähigkeit ist gefährdet, wenn die Arbeit der *BmU* nicht personell gestärkt wird. Daher gilt der Aufruf an alle Erkratherinnen und Erkrather, in dieser jungen unabhängigen Wählergemeinschaft für Erkrath mitzuwirken.

Leider konnte die angekündigte Änderung der Satzung aus rechtlichen Gründen noch nicht zum Abschluss gebracht werden. Wir werden mit dem zweiten Anlauf mehr Erfolg zu haben. Dieser Entwurf ist nunmehr in seinen Ursprüngen mehr als eineinhalb Jahre alt. Er enthält moderne Maßnahmen, die wir z.B. zur Transparenz der Finanzierung einer lokalen politischen Gruppe für notwendig halten. Sie sind notwendig, da alle Kommunalpolitiker durch das Fehlverhalten innerhalb von Parteien, unter Generalverdacht stehen. Keine Erkrather Partei dürfte das Maß an Transparenz und Kontrollmöglichkeit aufweisen, das wir, die *BmU*, mit der neuen Satzung erreichen. Wir erheben darauf keinen Kopierschutz und wir beobachten gerne, wenn auch die Erkrather Parteien ähnliche Konsequenzen ziehen.

Mitglied in *der BmU* ist seit zwei Jahren niemand mehr geworden. In Gesprächen über dieses Thema kommt immer wieder die Frage: „Was habe ich denn davon?“. Wir schließen Protektion im beruflichen oder sonstigen kommunalpolitischen Bereich für unsere Mitglieder oder Spender aus, finanziell ist die Aktivität Opfer und nicht Einkommen, also gibt es nur eine abnehmende Zahl von Menschen, die sich für Erkrath einsetzen ohne etwas davon zu haben. Die Spendenquote ist bei keiner Ratsfraktion so hoch wie bei den Fraktionsmitgliedern der *BmU*. Wer sich also anderes davon verspricht wird die *BmU* meiden. An dieser Stelle wollen und können wir nichts ändern.

Exemplarisch ist das Wirken der *BmU* in der Sache Fernwärmetarife.
Wann ist es dem Stadtrat in den letzten Jahren gelungen,

- Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt finanzielle Vorteile in der Höhe von fast einer Million DM zu verschaffen,
- Dies für die nächsten 20 Jahre jährlich zu garantieren,
- Anderslautende bürgerunfreundliche Ergebnisse des Bundesverwaltungsgerichtes faktisch für Hochdahl wegzuverhandeln,
- dabei gleichzeitig Ziele des Klimaschutzes zu erreichen,
- Hochdahl als Wohnstandort etwas attraktiver zu machen, da die Nebenkosten z.B. auch für Sozialwohnungen im Endeffekt gesenkt werden können,
- und über die Entlastung der Mietnebenkosten bei Sozialhilfeempfängern den städtischen Haushalt finanziell zu entlasten?

Gemessen an dieser Frage ist das vorliegende Verhandlungsergebnis mit Esso-Favorit ein Erfolg. Bei einem besseren Informationsfluß, früher *Annahme* der *BmU* Anträge im Stadtrat und geschlossenerem Auftreten der verschiedenen politischen Kräfte hätte diese Ergebnis schon vor Jahren vorliegen können und eine andere Qualität haben können.

Dabei waren die rechtlichen Rahmen- und Ausgangsbedingungen sehr schlecht.

Der Wettbewerbskommissar in Brüssel hat den Fall geprüft und sich nicht für zuständig erklärt. Der Bundesumweltminister hat zustimmende Worte für unsere Initiative gefunden, die Unterschriften entgegengenommen und dem Wirtschaftsminister zur Bearbeitung übergeben. Nach freundlichen Vorworten der Landesumweltministerin ging der Fall auch in Düsseldorf zum für Wirtschaft zuständigen Ministerium. Dieses hat die Unterschriften nicht einmal entgegengenommen, redete statt mit der *BmU* mit der Firma Favorit und verwies die *BmU* abschließend schriftlich darauf, das Problem doch selbst vor Ort zu lösen.

Der gefundene Kompromiss lässt uns nicht jubeln. Wir beklagen nach wie vor die monopolartige Stellung der Firma Favorit und mangelhafte Preistransparenz, erkennen gleichwohl, dass die Firma alte, bis vor dem Bundesverwaltungsgericht erfolgreich verteidigte Positionen, z.T. restlos für das Versorgungsgebiet Hochdahl aufgibt. Wir können uns einem solchen Angebot nicht verweigern, die gefundene Lösung ist aber z.T. sehr kompliziert und damit verbraucherunfreundlich. Das Angebot der Firma Favorit ist nur annehmbar, wenn eine intensive Öffentlichkeitsarbeit die betroffenen Bürgerinnen und Bürger im Detail aufklärt und ein direktes neutrales Einzelberatungsangebot z.B. durch die Firma AGE u.a. unter Nutzung moderner Informationsmedien wie des Internets möglich wird. Hierzu sollte man Zuschussmöglichkeiten des Landes in Verbindung mit der Verbraucherberatung prüfen.

Wie lieblos und desinteressiert die Stadtverwaltung und der selbsternannte „Arbeitskreis Fernwärme“ das Thema verfolgt wird an den Rahmenbedingungen der

Beschlussfassung im Stadtrat im April deutlich. Keiner in der Verwaltung hatte fachlich ausreichend zu dem Angebot der Firma Favorit Stellung genommen, der Gutachter war nicht eingeladen worden und der Leiter des „Arbeitskreises Fernwärme“ war ebenfalls nicht anwesend. Ein beschämender Eindruck.

Dass überhaupt Ergebnisse erzielt wurden lag einzig und allein an dem Druck von 3.000 Unterschriften der Bürgerinnen und Bürger die sich hinter die Ziele der BmU gestellt haben, gerechte Fernwärmepreise zu erzielen.

Keine andere politische Kraft in Erkrath kann in dieser Legislatur auf einen auch nur annähernd so großen und für den Bürger wirksamen politischen Erfolg zurückblicken. Die Aufstellung einer Parkbank oder eines Spielgerätes wird in der Lokalpresse mit Bild und dreispaltig gewürdigt – der Ratsbeschluss zum Fernwärmekompromiss bekam 15 Zeilen.

Zentralbad und Finanzpolitik

Es gibt zwei mögliche Reaktionen von Autofahrern bei einem Crash:

- Typ A bremst nach dem Knall.
- Typ B versucht vor dem Crash eine Notbremsung einzuleiten, mit dem Risiko alle Insassen durchzuschütteln und dem Ziel die Schadwirkung zu verkleinern,

Zu welchem Typ gehören die Erkrathparteien?

In den letzten zehn Jahren mahnte die *BmU* in Haushaltsplanberatungen und zum Teil im Aufsichtsrat der Stadtwerke regelmäßig die Instandhaltung des Alt-Erkrather Bades an. Als Gegenfinanzierung hatten wir die Schließung des Hochdahler Bades empfohlen, in welches stattdessen erhebliche Reparaturkosten von fast 1 Million € investiert wurde. Die ablehnenden Fraktionen und die Fachverwaltung wussten durch ein Gutachten, dass sie mit der Zurückweisung der *BmU*-Position das Erkrather Bad zum Sanierungsfall machen. Das war lange absehbar.

Wie so oft, übernimmt niemand im Rat die Verantwortung für die Fehler der Vergangenheit, das ist die beste Voraussetzung dafür, aus den Fehlern nicht zu lernen. Wir begrüßen, dass immer mehr Menschen begriffen haben, dass es in Erkrath nur noch ein Bad geben kann.

Solide Finanzplanung hätte erfordert, dass ein solches Projekt in seinen Auswirkungen und in seiner Machbarkeit auf eine solide mittelfristige Finanzpolitik ausgerichtet wird. In Erkrath ist das Fehlanzeige, wie auch die Art der Finanzierung des Kinderhauses schon zeigte.

Solide Stadtplanung hätte erfordert, dass dieses Projekt sich in ein städtebauliches Konzept eingliedert. Krisenhafte Entwicklungen sind Anlass, besondere Sorgfalt walten zu lassen, stattdessen hört man allenthalben: „für ein städtebauliches Konzept haben wir keine Zeit“. Eine Debatte, welche die *BmU* seit vier Jahren vergeblich bemüht ist, auch nur anzustoßen. Die *BmU* ist die einzige Kraft im Rathaus die hier seit Jahren auf ein eigenes Konzept verweisen kann. Alle Parteien hinken hier hinterher.

Wenn die Rahmenplanungen schon nicht stimmen, so hätte man wenigstens eine Kriterienliste (u.a. von Fachleuten) erarbeiten lassen sollen, welche auch die regionalen Bedingungen berücksichtigt. Mit diesen Kriterien hätte man den optimalen Standort suchen können und finden können.

Auch hier eine blanke Fehlanzeige: schon der erste von der Stadtspitze ausgewählte Standort neben dem Recyclinghof von Schönackers scheitert kläglich im Vorverfahren, nachdem er in einer Bürgerversammlung als die Alternative zur Sanierung vorgestellt wurde.

Unbegreiflich, dass die Politik und die Bürgerschaft nach diesem Debakel nicht der zweiten Standortempfehlung etwas kritischer gegenübersteht. Dieser Standort entwertet einen der letzten Standortstärken Erkraths: der Gliederung durch starke Grünzonen, ohne den Standortanforderungen eines Bades nahe zu kommen:

- ein Zentralbad muss verkehrsgünstig für den ÖPNV liegen,
- es sollte fußläufig von einem Schulzentrum erreichbar sein,
- es sollte fußläufig von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern erreicht werden können,
- es sollte vergesellschaftet mit weiteren öffentlichen oder privaten Dienstleistern sein ,
- und im Markt mit den regionalen Konkurrenten bestehen können.

Diese Faktoren sprechen nur für eine Sanierung am alten Standort oder einen Neubau eines Sportbades am Standort Bürgerhaus, wo sich eine Integration der brachliegenden Gastronomie, der Vereine und der Festplatzruine anbietet.

Der Finanzstatus 2002 lässt zudem fraglich erscheinen, ob in Zukunft überhaupt ein Bad finanzierbar ist, wenn die Dinge so weiterlaufen. Die Finanzierung über die Stadtwerke ist nur eine Zwischenfinanzierung, die letztlich kreditfinanziert und damit vom Bürger in Zins und Tilgung voll zu tragen ist. Ob dies über die rechte Tasche, das Steueraufkommen, oder die linke Tasche, die Gebühren der Stadtwerke und Mindererlöse bei den Konzessionsabgaben erfolgt, ist einerlei.

Nach den städtischen Finanzen scheint eine Mehrheit bereit zu sein, auch die Finanzen der Stadtwerke in schwieriger werdendem Umfeld durch eine weitere Fehlentscheidung zum Sanierungsfall zu machen.

Wir haben jetzt die Situation, die wir vermeiden wollten:

Wir wollten durch sinnvolles aber konsequentes Sparen die Folgen finanziell schwieriger Zeiten mildern. Wir haben vor dem Finanzdebakel gewarnt und die Wahrheit gesagt.

CDU, SPD, in erster Linie auch die Bürgermeister Unger und Werner haben diese Politik bekämpft und sich mit Wahlversprechungen an der Macht gehalten. Diese

Parteien und ihre Vertreter sind persönlich verantwortlich für die Schärfe des kommenden sozialen, bildungspolitischen und ökologischen Raubbaus in Erkrath.

Bernhard Osterwind

[Zum Anfang](#)

RECHENSCHAFTSBERICHT 1999-2001

KOMMUNALWAHL 1999

Das Jahr 1999 hatte die Kommunalwahl zum politischen Höhepunkt. Dieser Vorstand war mit dem Ziel angetreten, die Anzahl der Ratsmandate der **BmU** zu mehren und eine neue bürgerliche Mehrheit im Stadtrat zu bilden. Wir haben mit unserem Konzept zur Nachhaltigen Stadtentwicklung einen programmatischen Schwerpunkt gesetzt und mit Plakaten, von einem professionellen Texter und Grafiker gestaltet, einen Kontrapunkt zur Parteienreklame im Straßenbild gesetzt. Das Interesse der Öffentlichkeit konzentrierte sich auf die Bürgermeisterkandidatin. Wir haben mit Angela Klinkhammer-Neufeind eine mutige Bürgermeisterkandidatin gefunden, die vor allem in den direkten Begegnungen mit den professionellen Kandidaten der „Großen“ diese klein aussehen ließ. Das Ende ist bekannt. Der Wähler wollte primär die Abstrafung von Kanzler Schröder und bescherte Erkrath die absolute Mehrheit der CDU. Eine Entscheidung die er umgehend bereute. Für Erkrath bedeutete dies, dass der absoluten Mehrheit der CDU u.a. die Aufgabe zufiel, den CDU-Bürgermeister zu kontrollieren. Die **BmU** ist mit drei Ratsmitgliedern im Stadtrat vertreten. Hervorzuheben ist das gute Wahlergebnis von Hans-Josef Wassen in Alt-Hochdahl für die **BmU**.

Neben der Herausgabe der **BmU**-Zeitung - einer Hauptsäule unseres Wahlkampfes - haben wir ein weiteres Standbein bürgernaher Information aufgebaut : Seit 1998 präsentiert die **BmU** Informationen über Erkrath im Internet unter www.bmu-erkath.org. Jedermann hat z.B. die Möglichkeit, im **BmU**-Forum seine Meinung kundzugeben. Dieser Service kann nur noch kopiert aber nicht mehr überboten werden.

2000: WEITER WIE BISHER

Nur im Einzelfall gelang es, Entscheidungen zu korrigieren. Ich erinnere an die **BmU**-Anträge zur Briefwahl bei Bürgerentscheiden und zum Bebauungsplan Nelkenweg/ Bruchhauser Str, den Ausbau des Nelkenweges und zunächst auch die Beckhauser Straße sowie den Verzicht auf die schon beschlossenen Steuererhöhungen. In all diesen Fällen wurden **BmU**-Positionen - vormals zum Teil in der gleichen Sache in einsamen Positionen - mit Mehrheit beschlossen. Die Beckhauser Straße gibt hier noch zu Sorgen Anlass. In der großen Linie ging es so weiter wie bisher unter Rotgrün. Ohne Skrupel wurde trotz offenkundiger falscher Angaben und Planungsfehlern der Bebauungsplan Schmiedestraße durchgesetzt und eine sinnvolle Bebauungsplanung im Bereich Dorfstraße - trotz mehrerer Anläufe der **BmU** und Versprechen der CDU - verhindert. Dieses Verhalten der Parteien diskreditiert die Demokratie und ist auf Dauer die nachhaltigere Form von Vandalismus. In all diesem Fällen, vor allem in Millrath, stand eine aktive interessierte Bürgerschaft auf der Seite der **BmU**. Wie üblich vielen eine große Zahl von **BmU**-Anträgen unter den Tisch der

Verwaltung. Der vom Rat angenommene Antrag einen Energiesparpreis für Schulen zu verleihen wurde, wie zur Kopie des Schlendrians der vergangenen Jahre, einfach nicht durchgeführt. Einmal mehr kam es zu keiner Lösung der großen Probleme: Autobahnlärm A 3 A 46, Max-Planck-Straße, L 403, Elektrosmog im Schulzentrum. Der Ausgang des Gerichtsverfahrens in der Sache Max-Planck-Straße am 9.2.01 macht deutlich, dass die Stadt ein massives Qualitätsproblem hat.

Statt sich den Ursachen zu widmen, werden Bürger, die sich gegen Planungsfehler vor Gerichten wehren und dort vorhersehbar Recht bekommen, beleidigt, indem über ihre angebliche Motivation zu solchen Schritten spekuliert wird. Dieses Verhalten der Parteien diskreditiert die Demokratie und ist auf Dauer die schlimmere Form von Vandalismus. Nicht die Bürger die sich wehren sind die Verantwortlichen, sondern jene Politiker aus CDU und SPD die vor allem den Interessenten an einem erträglichen Kirmesplatz völlig unhaltbare Versprechen gaben und eine Täter / Opfer Verschiebung, z.T. mit Erfolg, suchen. Sichtbares Zeichen von finanziellen Fehlinvestitionen ist der brachliegende Kirmesplatz die **BmU** hat vorausgesagt, dass die Nachbarschaftsklagen im Kern Erfolg haben werden, da es sich um eine Fehlplanung handelt.

Wie bisher auch war die weitere Entwicklung in der Sache Heinrich-Heine-Straße abenteuerlich bürgerunfreundlich. Die berechtigten Interessen der Anwohner müssen gegen eine politische Mehrheit im Rat durchgesetzt werden. Die Nerven der Betroffenen werden unzumutbar seit Jahren beansprucht und es wurden auch wenige Tage vor der Wahl 1999 munter Versprechen gemacht, von denen man nachher nichts mehr wissen will. Dieses Verhalten der Parteien diskreditiert die Demokratie und ist auf Dauer die nachhaltigere Form von Vandalismus. Mehrfach haben hier Initiativen der **BmU** die allergrößten Fehler aufgedeckt.

Mit unserem Antrag zu einem „Nachhaltiges Stadtentwicklungskonzept Erkrath“ belebten wir die Debatte um die Agenda 21. Die bisherige Entwicklung stimmt jedoch wenig hoffnungsvoll.

Im Fall Kinderspielplatz und Bolzplatz Gretenberg wurden alte Vereinbarungen mit der Anwohnerschaft ignoriert und ohne Vorgespräch der Platz umgebaut. Die Mehrheit der Politik fand das richtig. Dieses Verhalten der Parteien diskreditiert die Demokratie und ist auf Dauer auch eine Form von Vandalismus.

Wir haben die: „Einrichtung eines Runden Tisches Neandertal und Düsseltal“ beantragt. Unter Federführung des Kreises sollten die betroffenen Gebietskörperschaften Erkrath, Haan, Mettmann die ansässigen Betriebe z.B. die Vertretung der Landwirte, die Vertreter der Heimatverbände, die Vertreter der Naturschutzverbände, der untere Landschaftsbeirat, Museum usw. die gemeinsamen Probleme und die Zukunft dieser Freiraumfläche beraten. Die Debatte um den Putenmastbetrieb zeigt, wie sinnvoll eine derartige Maßnahme gewesen wäre. Die Anregung wurde abgelehnt.

Die Ratsmehrheit versagt wie in der Vergangenheit vor der Aufgabe, dem Kinderhaus Sandheide eine zumutbare Heimstätte zu schaffen, das gleiche gilt für gesundheitliche Risiken beim Besuch der Schulen. Schäden werden erst diskutiert wenn der Schimmel schon stinkt.

Einmal mehr konnten sich SPD und CDU in der Frage Bebauung Gerresheimer Landstraße gemeinsam blamieren.

Traurigster Höhepunkt aus unserer Sicht war, dass nach vielfältigen Ereignissen, die **BmU** exemplarisch gegen einige prominenteste Vertreter der CDU, den Bürgermeister und den Vorsitzenden des Umweltausschusses Klage erhoben hat welche am Verwaltungsgericht Düsseldorf noch anhängig ist. Der Rechtsvertreter des Bürgermeisters und des Umweltausschussvorsitzenden bezeichnet es als „Erlösung“ dass die **BmU**-Fraktion in der strittigen Frage Bergstrasse erst gar nicht das Wort zu einem Antrag oder Sachbeitrag bekam. Wer sich gegen so krasse Formen von Unrecht nicht mit rechtsstaatlichen Mitteln wehrt, der leistet dieser Stadt keinen guten Dienst. Immerhin zeigt der Anlass zu diesem Verfahren, dass auch eine übergroße Mehrheit sich gegenüber der Macht des Wortes und der Ideen sehr verletzlich zeigt. Dies sei trotzdem zur Ermunterung gesagt.

Wir sind nicht einseitig gegen die CDU und vergessen nicht, dass dabei auch die SPD-Fraktion die Hand hob und den Antragsteller machte, der **BmU** das Wort nicht zu geben. Die CDU - Postille, die sexistische Anspielungen und grobe Beleidigungen von Ratsvertretern der Grünen und der SPD neben einem Artikel über Christliche Werte zum Inhalt hatte, gab einen weiteren Einblick in die Wertelandschaft dieser Partei. Vandalismus ist nicht nur ein äußeres Erscheinungsbild in unserer Stadt.

[Zum Anfang](#)

2001: IST ERKRATH NOCH ZU RETTEN?

Die **BmU** hat offenlegte, dass Erkrather Kommunalpolitiker zunächst unter Ausschluss der Öffentlichkeit über Pläne zum Neubau eines Hallenbades berieten. Unsere Anträge dazu sind klar und setzten unsere Position, wie wir sie seit 10 Jahren vertreten, konsequent fort.. Wir fordern vor allem die Vorlage des Sportplatzkonzeptes mit Finanzierungskonzept. Auch wenn es unpopulär ist: die Zukunft Erkraths erfordert haushälterischen Umgang mit den Finanzen. Diese sind - besonders eine Last aus der Großen Koalition in Erkrath - nicht in Ordnung.

Wie man einerseits ein Hallenbad für fast 20 Millionen bauen kann und ein Rathaus, welchem bisher gar kein finanzieller Deckel gegeben wurde, andererseits gleichzeitig vorgibt, die Finanzen zu sanieren, ist schleierhaft. Der Erkrathpass dagegen musste angeblich wegen Finanznot eingespart werden. Dieses Verhalten der Parteien diskreditiert die Demokratie und ist auf Dauer die nachhaltigere Form von Vandalismus.

Ungelöst blieben die Themen Bekämpfung des Vandalismus (hier steht ein **BmU**-Antrag zur Diskussion), Sicherheit an den S-Bahnhöfen, Verschmutzung der Stadt.

Die Mehrheitsfraktion im Rathaus klagt über die Zustände lauter als jeder andere, leistet aber kaum Abhilfe.

Die Ausweisung von Freizeitflächen am Ankerweg in Unterfeldhaus wird für neuen Diskussionsstoff sorgen, als wenn der Ankerweg nicht schon jetzt eine funktionierende Freizeitfläche wäre.

Die Fehler der Vergangenheit rächen sich in Millionenhöhe wie an der notwendigen Dachsanierung des Schulzentrums erkennbar wird. Die Stümperei der Vergangenheit ist teurer als solide Bausubstanz.

Seit 1989 schlägt die *BmU* vor, auf der Kreuzung Haaner/Willbecker-Straße einen Kreisverkehr zu errichten. Die teure Buswendeschleife vor dem Schulzentrum wäre überflüssig gewesen. Es ist der CDU zu verdanken, wenn mit dem Bau einer Ampelanlage und oberirdischen Querung die Kreuzung unsicherer für Fußgänger wird. Vor der Wahl haben CDU Politiker massiv für den Kreisverkehr geworben. Dieses Verhalten der Parteien diskreditiert die Demokratie und ist auf Dauer eine schlimme Form von Vandalismus.

Die Baumschutzsatzung, ursprünglich mal von *BmU*-Politikern beantragt, soll geändert werden. Wie in der Frage Biotopvernetzung, bei der auch die Umweltverbände nicht mitzogen, scheint einmal mehr konsequenter Umweltschutz in die Defensive gedrängt zu sein.

Nachdem die Initiativen der *BmU* zunächst über ein Jahr von SPD und CDU ignoriert wurden, brachte die Unterschriftensammlung für gerechte Fernwärmepreise die Wende. 2936 Bürgerinnen und Bürger haben unterzeichnet, darunter Vertreter aller Parteien. Nun gilt es darauf zu achten, dass die unter dem Druck von fast 3000 Unterschriften zustande gekommenen Entscheidungen auch realisiert werden.

Die *BmU* steht am Ende dieser Amtsperiode des Vorstandes vor einer völlig neuen Situation. Es gibt keinen realistischen Bündnispartner für die *BmU* mehr, dessen politische Grundausrichtung und Seriösität Voraussetzung für eine mittelfristige Zusammenarbeit ist. Ähnlich der Aktion für Gerechte Fernwärmepreise müssen wir politische Gestaltungsräume außerhalb dieser mittel- oder langfristigen Vision suchen. Die Positionierung der *BmU* in der politischen Landschaft Erkraths ist neu zu definieren. Eine der Voraussetzungen dafür finden sich in den Eingeleiteten Änderungen zur Satzung.

Erkraths Zukunftsfähigkeit ist gefährdet, wenn die Arbeit der *BmU* nicht personell gestärkt wird. Daher gilt der Aufruf an alle Erkratherinnen und Erkrather, in dieser jungen unabhängigen Wählergemeinschaft für Erkrath mitzuwirken. Dazu besteht auch auf der Homepage der *BmU e.V.* die Möglichkeit.

[Zum Anfang](#)

Tätigkeitsbericht zur Jahreshauptversammlung 1999

Zur Jahreshauptversammlung 1999 vorgelegt

Die Schwerpunkte der heutigen Versammlung liegen zum ersten mal nicht nur bei den Vorstandswahlen und dessen inhaltlichem Bericht. Daher wird dieser Bericht kürzer als die bisherigen Berichte ausfallen und der Blick in die politische Zukunft soll, mit einer kleinen Ausnahme am Schluss, anderer Stelle vorbehalten werden.

Das Aktionsbündnis bürgerlicher Gruppen aus Anlass der Stromnetzübernahme war eine einmalige und mittlerweile vergessene Aktion. Es zeigte sich im letzten Jahr zunehmend, dass der Individualismus bei den bürgerlichen Gruppen der sachorientierten Zusammenarbeit im Wege steht. Die Wählervereinigung hatte im Frühjahr 1998 zur Diskussion über ihren Entwurf einer ordnungsbehördlichen Verordnung geladen. Der Schlingerkurs der CDU von der totalen Ablehnung bis zur diskussionslosen Zustimmung des Verwaltungsentwurfes hat der Qualität nicht genutzt.

Neben der Herausgabe der **BmU**-Zeitung haben wir ein weiteres Standbein bürgernahe Information aufgebaut : Seit einem Jahr präsentiert die **BmU** Informationen über Erkrath im Internet. Jedermann hat z.B. die Möglichkeit, im **BmU**-Forum seine Meinung kundzugeben. Dieser Service kann nur noch kopiert aber nicht mehr überboten werden.

Hervorzuheben sind die Informationsstände überwiegend in Alt-Erkrath, welche in der wärmeren Jahreszeit wichtige und interessante Bürgerkontakte brachten. Das von Ralf Finke angeregte Erkrather-Politbarometer, welches bereits in der zweiten Ausgabe erschienen ist, bewährte sich als Anknüpfungspunkt für Gespräche mit dem Bürger und im Einsatz für die Belange des Bürgers.

Herausgegangen sind wir auch bei einer stadtgeographischen Exkursion, die der Frage nachging, warum Hochdahl wurde wie es ist. Dem entstehenden Heimatmuseum im Lockschuppen wurde die Kopie eines alten Filmes mit Aufnahmen von der längst abgerissenen Millrather Schmiede geschenkt.

Die Klage gegen die Gebührenstruktur der Erkrather Abfallwirtschaft, wie sie von Grün und Rot vertreten wird hatte vor Gericht Erfolg. Die Chance und die Konsequenzen zu nicht nur für die Selbstkompostierer umweltgerechteren Gebührenstruktur hat die Ratsmehrheit vertan.

Das Jahr rundete sich ab in einer kleinen Feier zum zehnjährigen Bestehen der **BmU**. Aus Anlass des 100jährigen Jubiläums der Bürgermeisterei schenkte die **BmU** der Stadt den Originalhaushaltsplan aus dem Jahre 1895/96. 100 Jahre ohne **BmU**-Bürgermeister sind nun wirklich genug...Aber Frösche weinen nicht, wie die Disharmonists musikalisch zu berichten wussten.

Der Trend in der Mitgliederentwicklung ist zufriedenstellend. Mit dem 60. Mitglied konnte im Dezember fast an die alte Bestmarke von 63 Mitgliedern angeknüpft werden.

Der Vorstand kann seinen Bericht nicht beenden ohne herzlichsten Dank an die unermüdliche Arbeit der **BmU**-Ratsmitglieder Angela Klinkhammer-Neufeind und Peter Schreiber. Deren politische Arbeit steht zwar an anderer Stelle zur Debatte, ohne ihre Bereitschaft neben der vielen Zeit und Kraft auch den überwiegenden Teil ihrer finanziellen „Entschädigungen“ für die Ratstätigkeit dem Verein zu spenden, wäre weder die Tätigkeit des Vereins noch die finanzielle Vorbereitung auf den Wahlkampf möglich gewesen.

Meinen Dank möchte ich auch an Frau Kindel ausdrücken, in deren Händen als Schatzmeisterin die Gelder der **BmU** immer sicher verwahrt lagen und die sich der jährlichen Mühe der Erinnerung an die Zahlung der Mitgliedsbeiträge genauso unterzog wie der Abrechnungen.

Nur ein Wunsch und ein Wort zum Schluss, welche in die Zukunft gerichtet sind:

Mit der anstehenden Vorstandsneuwahl habe ich den Wunsch, dass die personellen Entscheidungen selbst im Jahr der Stadtratswahl erkennen lassen, dass eine wesentliche Grundlage für erfolgreiche **BmU**-Arbeit für Erkrath auch im Vorstand zu leisten ist.

Ein Wort richtet sich an die Erkrather. Bürgerliche Politik heißt Sorge und aktive Teilnahme an der Wohlfahrt der Stadt. Diese wird durch Wahlen nicht auf andere Menschen übertragen. Wir Unabhängigen haben dazu eingeladen und wir werden dazu einladen. Nur etwas stärker angenommen werden könnte die Einladung schon noch.

Bernhard Osterwind 14.01.1999

[Zum Anfang](#)

Politischer Bericht und Rechenschaftsbericht 1997

zur Jahreshauptversammlung 1998 vorgelegt

I) Drei Politikfelder werden in diesem Bericht in den Vordergrund gestellt, die letzten beiden haben weniger Umfang, da sie in größerer Ausführlichkeit wiederholt diskutiert wurden.:

1) Erkrath darf keine Stadt der Fremden werden. Die Parzellierung der Gesellschaft in Parteien-, Gruppeninteressen bis hin zur Atomisierung in Egoisten führt schleichend zu deren Selbstaflösung. Erste Zeichen dieser Selbstaflösung sind Verwahrlosungsanzeichen in der Stadt, ungelöste soziale Probleme, Interesselosigkeit gegenüber den öffentlichen Fragen. Geld ist zum letzten Kittmittel zwischen den Interessenverbänden geworden. Die Maximierung der Leistungserwartungen bei gleichzeitiger Minimierung des eigenen Beitrages führte zu einer Wertschöpfung a) zu Lasten der Umwelt b) zu Lasten der kommenden Generation. Diese Politik ist sozial und ökologisch ungerecht. Verantwortung dafür tragen die Schuldenpolitiker der letzten 10 Jahre in Land und Stadt. Gerade auch für Erkrath sind diese mit Namen zu

benennen. Die **BmU** warnt seit 10 Jahren vor dieser Politik und keiner kann sagen, er habe es nicht gewusst.

Erkrath muss eine bürgerliche Stadt werden. Statt einer Gesellschaft der Fremden brauchen wir die Stärkung der vorhandenen Gemeinschaften (Bürger- und Heimatvereine, Umweltverbände, Religionsgemeinschaften, Vereine) und der Nachbarschaften z.B. bei der Beratung in Planungsfragen. Bürgerliches Engagement entwickelt der, dem auch die Kompetenz dazu gegeben wird. Die Bemühungen der **BmU**, diese in die Hand des Bürgers zu legen, gelingen noch zu selten. Der Vielzahl von **BmU** Anträgen, z. B. in den Planverfahren die öffentliche Bürgerversammlung zu bevorzugen, ist zu selten Erfolg beschieden. Das Wissen in der Bürgerschaft um die Mitwirkungsmöglichkeiten und Erfolgchancen ist zu gering. Der wiederholte Versuch der **BmU**, verbindlich das Instrument des Bürgerentscheides auch durch die Zulassung der Briefwahl zu stärken, ist wiederholt abgelehnt worden. Genauso ist der Versuch gescheitert, wenigstens über die Veröffentlichung der Tagesordnung - wie in anderen Städten auch - Einblick in die Beratungsgegenstände der nichtöffentlichen Teile der Ratssitzung zu geben. Zuletzt wurde die Bitte der **BmU** ausgeschlagen, dass die Stadt in einer Einwohnerversammlung die Meinung zu Fragen des täglichen Lebens wie z.B. die Ruhezeiten, das Fütterungsverbot von besitzlosen Tieren wie Tauben und Enten, oder auch die Frage, ob z.B. das Wegwerfen von Getränkedosen künftig bußgeldbewehrt sein soll, bilden lässt. In der Form verbesserungsfähig, aber im Ansatz richtig war die Befragung der Bürger zur Straßenreinigung. Entlarvend die Motivation einiger Kritiker. Am Beispiel des Energieeinsparungskonzeptes fifty/fifty, das ebenfalls von der **BmU** beantragt, aber nur in verkümmelter Form beschlossen wurde, wird deutlich dass die Stadt noch nicht ausreichend bereit oder fähig ist, Verantwortung z.B. an die Schulen abzugeben. Elemente direkter, starker Demokratie werden noch zu wenig gefördert, interessant ist, dass die selbsternannten Grasswurzeldemokraten, DIE GRÜNEN, in den wesentlichen Teilen unseren vielfältigen diesbezüglichen Anträgen aus dem letzten Jahr nicht zugestimmt haben. Statt verbaler Bürgermitwirkung brauchen wir wieder „Bürger mit Wirkung!“ Die Chancen der Verwaltungsreform werden hier zu zögerlich genutzt, in Erkrath wird mehr über die Reform geredet, als sie ernsthaft umzusetzen. Interessant ist, dass das Interesse der Bürgerschaft vor allem an Fragen der Stadtplanung wach ist, wie zufällig die Postkartenumfrage der Stadt ergeben hat. Derartige Initiativen werden aber unfruchtbar, wenn die Stadt die bürgerschaftlichen Beiträge nur als Debatte und nicht auch als Handlungsaufforderung annimmt. Wie sehr die Parzellierung der Gesellschaft in Interessens- und Parteiensphären in Erkrath fortgeschritten ist, zeigt die versuchte Neubesetzung des Umweltamtes und die Beförderung des Kämmerers zum Wahlbeamten und Beigeordneten. Die Opposition der CDU ist weniger auf diese grundsätzliche Kritik als darauf, dass sie nichts mehr vom Kuchen abbekommen sollte, zurückzuführen. Wir brauchen eine wirksamere bürgerliche Politik gegen Klüngel. Eine unausgesprochene Politikauffassung, dass Rathausentscheidungen überwiegend ein Verteilungskampf zwischen den Parteien und dem jeweiligen Klientel ist und der Bürger höchstens Zuschauer dieses Boxkampfes, steht dahinter. Wendet sich der zuschauende Bürger von diesem Verteilungskampf angewidert ab, wird er als „politikmüde“ „parteiverdrossen“ bezeichnet, man wundert sich sogar, dass er der bürgerlichen Pflicht, wenigstens zur Wahl zu gehen, immer weniger nachkommt. Nach Auffassung der Erkrathparteien scheint auch die kommende Urwahl der besonders wichtigen neuen Position des Bürgermeisters nur ein Verteilungskampf zwischen den Parteien zu sein. Statt die Urwahl so zu verstehen, dass der Gesetzgeber dieses Amt wieder stärker in die Hände der Bürgerschaft

zurücklegt, nachdem es Jahrzehnte nur von den Parteivertretern in den Räten besetzt wurde, bringen die Parteien die üblichen Kandidaten aus ihren eigenen Reihen. Hieraus erwächst die Aufgabe für unsere Freie Wählerversammlung eine Alternative zu präsentieren. Wir brauchen einen Kandidaten am besten aus der Mitte der Erkrather Bürgerschaft, dessen Sachkunde, Lebenserfahrung und Persönlichkeit zeigt, dass er einer solchen Aufgabe gewachsen ist. Ein bürgerlicher Bürgermeister ist das ideale Instrument zur Kontrolle der Rathausparteien und die Parteien sind eine machtvolle Kontrolle des Bürgermeisters.

2) Erkraths Finanzen müssen gesunden

„Schwarzmalerei“ „soziale Kälte“ und „Politik rechts von der CDU“ wurde der **BmU** unsinniger Weise immer dann vorgeworfen, wenn sie vor den Risiken der Erkrather Schuldenpolitik warnte. Es wird sich in den nächsten Jahren zeigen, dass die Schuldenpolitik der letzten Jahre die soziale Handlungsunfähigkeit der Zukunft, den Freiflächenverbrauch und grobe Ungerechtigkeit gegenüber der jüngeren Generation darstellte. Die **BmU** wollte rechtzeitig mit kleineren Eingriffen in das Leistungsspektrum eingreifen. Selbst Vorschläge der **BmU** das Thema wenigstens zu debattieren wurden in den Wind geschrieben. Erste Bremsspuren zeigen sich am Zustand der Gebäude und in Einsparungen im Bildungsbereich. Der Haushaltsentwurf 1998 ist der erste, der eine Zustimmung durch die **BmU** erfahren hat. Leider ist er von der Duldung durch die Grünen (sie haben durch Stimmenthaltung den Weg zu einem Sparhaushalt freigemacht) abhängig und deswegen auf schwachen Füßen. Zur Gesundung der Erkrather Finanzen bedarf es anderer politischer Mehrheiten im Stadtrat. Mit Interesse ist abzuwarten, welche Beiträge die Verwaltung zur Haushaltskonsolidierung erbringt. Sie zeigte sich bisher ergebnislos. Sollte es ihr nicht gelingen, die Haushaltsvorgaben einzuhalten, sollte auch einmal über personelle Konsequenzen in der Verwaltungsspitze nachgedacht werden. Eine Effektivitätssteigerung ist auch für die Verwaltung das Gebot der Stunde. Dazu braucht sie natürlich etwas Zeit, aber man kann auch ein derartiges Projekt verklüngeln.

3) Die verbliebenen Freiflächen sind zu sichern

Die Diskussion um die Bebauung der Fläche Mergelskull in Verbindung mit dem Haushaltssicherungskonzept macht deutlich, wie die Schuldenpolitik den Flächenverbrauch nach sich zieht. Zwar war zunächst irrtümlich durch eine missverständliche Darstellung der Verwaltung zur Prioritätenliste Bauleitplanung zum Ausdruck gekommen, dass die Stadt die Fläche bereits gekauft habe, an dem Willen der Stadt Baurecht zu schaffen, um Geld zu verdienen, bleibt nichts zu rütteln. Beiderseits der Prof. Sudhoff Str. soll nach dem Willen der Stadt (von einem Verwaltungsmitglied im UWA als „Baulückenschließung“ bezeichnet) gebaut werden. Angeblich „altes“ Planungsrecht - welches in dieser Bedeutung gar nicht existierte - werde nur realisiert. Wenn das Maßstab Erkrather Baupolitik würde, dann sind alle Häuser bis zum Neandertalmuseum Eckpunkte von Baulücken die es zu schließen gilt. Die Planungen sind ein Verlust an wertvollem Freiraum, da er die Pufferfunktion und Übergangsfunktion zum Naturschutzgebiet Neandertal darstellt. Diese und denkbare ähnliche Planungen zu verhindern ist Ziel der **BmU**. Die Diskussion zum ÖPNV macht immer wieder deutlich, wie problematisch das ständige Wachstumsdenken ist: Erkrath, vor allem der Stadtteil Hochdahl hat in den letzten 30 Jahren eine große Zahl von Bürgern aufgenommen. Jede weitere Besiedlung des Ballungsrandes zu

Düsseldorf erhöht die Umweltbelastung durch die Trennung der Arbeitsplätze von den Wohnorten weiter. Die Schere zwischen einer wünschenswerten Ausstattung des ÖPNV und den tatsächlichen (finanziellen) Möglichkeiten geht immer weiter auseinander. Sie wird sich durch die Wachstumspolitik vergrößern auch wenn die Befürworter dieser Politik noch so sehr Umweltthemen wie z.B. „Agenda 21“ die in Erkrath - so befürchten wir- nur Alibifunktionen haben propagieren. Kernforderung der *BmU* ist die Entwicklung eines städtebaulichen Konzeptes für die Stadt Erkrath. Mehrfach haben wir die Erstellung, wenigstens die Diskussion über ein derartiges Konzept vergeblich gefordert. Wenn wir so weitermachen wie bisher, wird die künftige Stadtlandschaft Erkraths nur noch von den Nachfragestrukturen und dem wachsenden Finanzbedarf der Stadt geprägt. Wir brauchen auch nach dem Ende des Aufbaues der „Neuen Stadt Hochdahl“ eine Besinnung auf die Ziele der künftigen Stadtentwicklung unter sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Kriterien. Wir brauchen ein Stadtkonzept, welches dem Kriterium der Nachhaltigkeit entspricht. Wenigstens die Diskussion darüber sollte beginnen.

II) Die *BmU* e.V.: Plattform für Erkraths Zukunft

Die Wählergemeinschaft selbst kann auf eine bruchlose politische Arbeit in den letzten 10 Jahren zurückblicken. Im 10. Jahr ihres Bestehens, 30 Jahre nach dem Aufbaubeginn der „Neuen Stadt Hochdahl“ und im 100. Jahr der Bürgermeisterei Erkrath sollten wir uns im Jahr 1998 einmal die Zeit nehmen zurückzublicken. Der Rückblick kann eine Besinnung auf die Ziele der Zukunft sein. Mit einem Mitgliederbestand von nur knapp 50 Mitgliedern sind wir noch lange nicht in der Lage, reklamieren zu können, ausreichender Fachverstand und Arbeitskraft konzentrierte sich auf uns, um Erkraths Karren aus dem Dreck zu ziehen in den ihn andere hineinfahren. Auf der *BmU*-Plattform ist also noch viel Platz! Vor allem unseren beiden Ratsmitgliedern Angela Klinkhammer-Neufeind und Peter Schreiber ist nicht nur die Kleinarbeit der täglichen Ratsarbeit zu verdanken. Ihre Spendenfreude ist finanzielle Grundlage der Arbeit des Vereins. Die *BmU*-Zeitung als solides und zuverlässig seit fast 10 Jahren erscheinendes Mitteilungsorgan hat in Form unserer Internetausgabe unter www.bmu-erkrath.org unter der Betreuung von Oliver Schulte einen kleinen Ableger bekommen, dessen Erfolg noch abzuwarten bleibt. Auch hier bieten wir Erkrathern die Möglichkeit, ihre Meinung zu sagen, animieren zur Aktivität indem wir informieren. Die alten Strukturen der Mitgliederversammlungen wurden abgelöst durch die monatlichen Bürgergespräche. Nach wie vor gilt die herzliche Einladung an die *BmU*-Mitglieder sich stärker in die tägliche politische Arbeit der Ratsfraktion einzubringen. Anregungen aus der Mitgliedschaft, direkter das Gespräch mit den Erkrather Bürgerinnen und Bürgern in Erkrath auch auf dem Wege der Informationsstände zu suchen werden in diesem Jahr aufgegriffen. Der Ruf, sich für Erkrath stärker einzusetzen geht nicht nur nach außen, er geht auch nach innen. Nur so wirkt die Plattform *BmU* auch einladend.

[Zum Anfang](#)

BmU-Rechenschaftsbericht 1996:

Im Mittelpunkt und Schwerpunkt des letzten Berichtsjahres standen die mehrmonatigen intensiven Bemühungen um ein erfolgreiches Bürgerbegehren in

Erkrath aus Anlass der Stromnetzübernahme. Gemessen daran, dass an der Wahlbeteiligung nur 51 Stimmen fehlten und daran, dass das Bürgerbegehren trotz klarer Mehrheitsentscheidung für die ökonomischere Minderheitsbeteiligung des RWE scheiterte, war der Einsatz der *BmU* zu gering und muss in Zukunft durch mehr Aktivität auch der Mitgliedschaft gesteigert werden.

Interessant und am Rande erwähnenswert ist, dass es sich hierbei zum ersten und einzigen Mal um ein bürgerliches Aktionsbündnis gehandelt hat, welches trotz einiger Differenzen zu einer ergebnisorientierten Zusammenarbeit gefunden hat.

Im Rahmen der zielorientierten Zusammenarbeit führte die *BmU* eine eigene Plakataktion durch, es wurden in Alt-Erkrath *BmU* Informationsstände abgehalten und zwei *BmU-Zeitungen* dienten den Themen Bürgerbegehren und Bürgerentscheid.

Die Eröffnung der Bahnsteighalle wurde begleitet von Plakataktionen und Flugblattaktionen der *BmU* über die Kosten des Projektes. Exemplarisches steht diese Maßnahme für Projekte welche attraktiv sind, aber finanzpolitisch nicht mehr für die Stadt finanzierbar sind. Es sei denn man greift, wie sich abzeichnet, vermehrt auf Freiflächen zu und bebaut diese zur Gegenfinanzierung. So zeigt sich wieder der Mechanismus, dass eine verfehlte Finanzpolitik Umweltverbrauch nach sich zieht. Besonders bemerkenswert und positiv überraschend waren die Resonanz auf die Informationsstände Die Gespräche am Informationsstand -dies kann besonders Peter Schreiber bestätigen- waren für die *BmU* bestärkend und auch dort wo kritisch diskutiert wurde, war das Gespräch wohlthuend sachlich und interessiert.

Der Gesamtschulstreit ist ein ermüdender Dauerstreit der die Stadt, solange Rotgrün dazu ermuntert, immer begleiten wird. Diese Unruhe ist dem Schulfrieden, welcher für eine gedeihliche Entwicklung wünschenswert wäre, wenig dienlich. Die *BmU* hat aus diesem Anlass in ihrer letzten Zeitungsausgabe des Jahres 1996 auch diesem Thema Raum gegeben und eine Diskussion im Rathaus angesetzt. Überraschend zog Rotgrün ihren Vorstoß zurück, nun soll die Errichtung einer Kreis Gesamtschule für Alt-Erkrath angestrebt werden. Auch in diesem Fall wird sich die *BmU* für die vorhandenen Schulen einsetzen.

Trotz der aufgeführten Aktivitäten und Ausgaben konnte das finanzielle Polster der *BmU e.V.* dank der Spendenbereitschaft unserer Ratsmitglieder Angela Klinkhammer-Neufeld und Peter Schreiber, aber auch der Beiträge und Spenden der Mitglieder und Mitbürger weiter wachsen. Näheres ergibt der Kassenbericht. Die *BmU* ist finanziell für die politische Arbeit der nächsten Jahre gut vorbereitet. Zu Danken ist Frau Kindel für die zuverlässige, Vertrauen schenkende Kassenführung.

Vier Vereinsaustritten standen leider nur vier Vereinseintritte gegenüber. Dieser Tatsache ist in diesem Jahr besonderes Augenmerk zu schenken. Wir brauchen personellen Rückenwind für die nächsten Jahre und das aussichtsreiche Wahljahr. Insgesamt fanden 8 Versammlungen meist in Kombination mit der Fraktion statt, jeweils vorher war routinemäßig zu Vorstandssitzungen eingeladen.

"Die Haushaltslage ist dramatisch". Dieser Satz war vor wenigen Jahren noch „Schwarzseherei“ „Beschimpfung“ der *BmU*. Heute ist er Allgemeinwissen. Keine andere finanzpolitische Erwartung in Erkrath erfüllte sich mit einer solchen Präzision wie die der *BmU*. Es kann keiner sagen, er habe nicht gewusst was er da anrichtete. Zur Deckung der Finanzdefizite werden Vermögen und Umwelt (Freiflächen) verbraucht. Die Stadt ist von der schnellen Mark abhängig geworden wie ein Junkie

vom nächsten Schuss. Entzugerscheinungen schütteln sie, der Abbau der Leistungsfähigkeit ist absehbar.

Die Diskussionen um die neuen Steuerungsmodelle verdeckt wort-, papier- und kostenintensiv, dass die Diskussion vom Kopf auf die Füße gestellt gehört: eben die Umbaudiskussion gehört die Frage, wieviel Verwaltung sich die Stadt angesichts ihrer laufenden Einnahmen leisten kann. Nur von dieser Position aus kann bestimmt werden, wieviel Verwaltung wir uns in Zukunft noch leisten können. Die finanzielle Leistungsfähigkeit und der finanzielle Leistungswille der Bürgerschaft ist nicht beliebig steigerbar. Es kann nicht erwartet werden, dass aus der Verwaltung der Antrieb zum Schrumpfungsprozess kommt. Die Vorgabe muss von der Politik und vom Bürger kommen. Die Bürgerschaft muss bestimmen, wie viel sinnvolle Verwaltungsleistung für wie viel Einkommensverzicht durch Steuern, Gebühren, Beiträge und Abgaben eingefordert wird. Die Lösungen zu Lasten der künftigen Generation (Schulden) oder der Umwelt (Freiflächenverkauf) ist abzulehnen.

Der Abbau von Verwaltung und damit z.T. von Leistungen ist mit größter Sensibilität, sozialverträglich, Sachkenntnis, Entschlossenheit und wenn möglich in einem breiten Konsens mit den Betroffenen und im Dialog mit der Bürgerschaft umzusetzen. Viele Dinge müssen vom Bürger in Verantwortung übernommen werden: die Aufgabenfülle reicht vom Kehren vor der eigenen Haustür über bürgerschaftliche Aktionen in Umwelt, in der Nachbarschaft, in der Schule, im Verein bis zum Einsatz in der Politik, in welcher die Funktion der Selbstverwaltung wieder stärker zu betonen ist. Statt Angebotsexpansion brauchen wir eine Nachfragesteuerung.

Dazu fehlt es am Grundkonsens. Das Vandalismusphänomen ist Teil dieser Erscheinung. Eine Verirrung ist auch der Vorschlag aus der CDU, Unterrichtsgegenstände im Schulausschuss zu diskutieren. Selbst für Fahrräder braucht es in Erkrath nach Meinung von Rotgrün für den „unmündigen“ Bürger eine „Fahrradabstellsatzung“. Die Stadt muss zur Selbstverwaltung zurückkehren und andere Aufgaben jenen demokratischen Feldern überlassen, welche dafür da sind. Warum gibt es nicht genügend bürgerschaftlichen Einsatz in Erkrath?

Es mangelt an Bürgernähe und Erfolgsaussicht für bürgerschaftliches Handeln. Symbolisch dafür steht, dass die **BmU** vergeblich bemüht war festzuschreiben, dass bei künftigen Bürgerentscheiden die Briefwahl angeboten wird. Die Ablehnung dieser demokratischen Mitwirkungsmöglichkeit für Kranke, Kurende, Urlauber,

Zielbestimmung

Behinderte oder beruflich Verhinderte durch SPD („Demokratie wagen“) und Grüne („Basisdemokratie“)

zeigt, dass nach Demokratie nur in der Phase der Opposition gerufen wird. An der „Macht“ wird „regiert“. Weiterhin exemplarisch für Bürgerferne sei nur das jüngste Beispiel des sogenannten Bebauungsplanverfahrens Wielandstraße genannt oder auch die Nachlässigkeit, wie der **BmU**-Antrag zur Integration von Mitbürgern analog der Landschaftswächter in die Grünflächenpflege behandelt wird. Auch die „Versenkung“ von Bürgeranregungen z.B. zu Verkehrsfragen in „Arbeitskreise“ sei erwähnt.

Mangels Erfolgsaussicht bei sachlicher Arbeit verlieren leider viele Mitbürgerinnen und Bürger die Lust, Verantwortung zu übernehmen.

In Erkrath herrscht nur noch ein minimalistisches Demokratieverständnis.

Das Soziale geht in der Gesellschaft statt in der Gemeinschaft auf.

Die Aufgaben der nächsten Zeit sind also bestimmt:

1. Förderung von Bürgersinn und Bürgernähe.
2. Wachstumsbeschränkung der Stadt , Freiraum- und Umweltschutz.
3. Konzentration und Beschränkung auf die Selbstverwaltungsaufgaben im Rahmen der laufenden Einnahmen.
4. Vorbereitung der Stadt auf „schlechte Zeiten“.
5. Kritisch und mit neuem Schwung Klüngel und Misswirtschaft angehen.

(Nur randlich sei erwähnt, wie selbstverständlich in Erkrath die Parteien das Bürgermeisteramt in ihren Reihen auskegeln oder „austanzen“. Dies obwohl mit der Direktwahl durch die Bürgerschaft 1999 das Gesetz die Bürgermeisterwahl dem Parteienproporz im Rat entzogen und direkt in die Hand der Bürgerschaft zurückgelegt wurde.)

Statt der entmündigenden Staatsversorgung für den Passivbürger braucht unsere Stadt den Aktivbürger! Erkraths Humanvermögen muss gepflegt und genutzt werden.

Das muss umgesetzt werden von Menschen, die sich mit Hand und Herz für Erkrath einsetzen.

Dies tun schon viele, es braucht noch Viele mehr. Nur Wollen müssten sie (Sie?...) noch!

[Zum Anfang](#)

BmU e.V.

Bergstraße 13

40699 Erkrath